

»Gutmenschen«. Und sie nimmt für sich in Anspruch, auf diese Weise die Sicht einer schweigenden Mehrheit – des Volkes – zum Ausdruck zu bringen. Der Spruch »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« ist von Anfang an so etwas wie das heimliche Wahlprogramm der AfD.

Das gilt in der Außendarstellung – aber ebenso stark auch nach innen. Es ist für die Führung immer ein Risiko, jemanden innerhalb der Partei aufgrund seiner Wortwahl zurechtzuweisen. Kritik an Äußerungen einzelner Mitglieder oder Funktionäre wird in den kommenden Jahren parteiintern oft als »Spaltung« wahrgenommen. Die Radikalen befeuern das noch, indem sie immer wieder die »Einheit der Partei« betonen, denn mit diesem Schlagwort lässt sich sicherstellen, dass jede noch so extreme Position ihren Platz in der AfD haben darf.

Darüber hinaus zieht die AfD sofort eine ganze Palette schwieriger Persönlichkeiten an. Sie besteht nicht nur aus eloquenten und präsentablen Professoren wie Lucke. Diese finden sich lediglich zu Beginn in der ersten Reihe. Dazu kommen von der CDU enttäuschte Konservative, Nationalisten, Ideologen, Querulanten sowie ehemalige Mitglieder anderer Parteien. Menschen, die in respektablen Berufen arbeiten, Rentner, gescheiterte Existenzen mit viel Zeit. Im Grunde von Beginn an herrscht in den E-Mail-Konversationen innerhalb der AfD ein ruppiger Ton. Wer nicht bereit ist, sich in der zum Teil feindseligen Atmosphäre zu engagieren, oder kein dickes Fell hat, verlässt die Partei so schnell wieder, wie er gekommen ist.

Dennoch steigen die Mitgliederzahlen, es strömen mehr nach, als austreten. Diese schleichende, von außen nicht sichtbare Veränderung der Mitgliederstruktur wird in den kommenden Jahren ein wichtiger Faktor für die Radikalisierung der AfD werden – und ein Instrument, dessen sich vor allem die Akteure des »Flügels« bedienen.

Auch den internen Streit um die Frage, wie weit sich die AfD nach rechts öffnen soll, gibt es von Anfang an. 2013 betrifft das die Aufnahme von Ex-Mitgliedern der islamfeindlichen Kleinstpartei »Die Freiheit«. Lucke will einen Aufnahmestopp, Petry stemmt sich dagegen – sie erklärt, sie werde ehemalige Mitglieder der »Freiheit« nicht generell als »rechtspopulistisch« abqualifizieren. Auch Gauland

will sich von Lucke nichts vorschreiben lassen. Manchen gilt der Vorgang als »der erste Rechtsruck« der AfD.

Dass etwas aus dem Ruder läuft, merkt Parteichef Bernd Lucke zum ersten Mal im März 2014. Auf dem Bundesparteitag hält Alexander Gauland, damals stellvertretender Sprecher der AfD, eine Rede, in der er Verständnis zeigt für die russische Besetzung der Krim. Für Lucke Anlass aufzuhorchen: Eigentlich gibt es im AfD-Gründerkreis einen Konsens, die Westbindung und die außenpolitischen Grundsatzentscheidungen der Bundesrepublik nicht infrage zu stellen. »Eine starke Minderheit, etwa ein Drittel, spendete ihm kräftigen Beifall. Diese Minderheit hat sich auf dem Parteitag auch bei anderen Gelegenheiten mit Proteststimmung bemerkbar gemacht«, erinnert sich Lucke Jahre später im Gespräch mit dem *Tagesspiegel*. Er habe das damals noch für kontrollierbar gehalten, zumal es teilweise ein ostdeutsches Phänomen war. »Wir tagten ja in Erfurt, und da waren ostdeutsche Mitglieder überrepräsentiert.«

Bereits im Herbst 2014 kippt nach der Wahrnehmung Luckes die Stimmung. Damals kommt die islamfeindliche Pegida-Bewegung auf. »Das Thema Islam war bei der Gründung der AfD gar nicht erwähnt worden und auch Ende 2013 innerparteilich noch unkontrovers. Aber ein Jahr später gewann es plötzlich an Gewicht und dies nicht nur in den ostdeutschen Verbänden«, erzählt Lucke. Viele AfDler hätten das Pegida-Bündnis als eine Bürgerbewegung gegen ein »Meinungskartell« der etablierten Parteien empfunden. Es habe einen heftigen Streit darum gegeben, ob dies ein Feld sei, auf dem sich die AfD mit einer Bürgerbewegung solidarisieren solle.

Einer, der schon damals eine genaue Vorstellung davon hat, welche Partei die AfD einmal sein soll, ist Alexander Gauland. Er gehört zu den wichtigsten strategischen Köpfen der Partei - und hat die Entwicklung der AfD maßgeblich beeinflusst. Vorher war er fast 40 Jahre in der CDU. Er arbeitete als Büroleiter für den hessischen CDU-Politiker Walter Wallmann. Und als Wallmann hessischer Ministerpräsident wurde, folgte ihm Gauland und wurde Chef der Staatskanzlei.

In dieser Zeit erwirbt Gauland sich einen Ruf als geschickter Strippenzieher, als »graue Eminenz«. Später wird er Herausgeber

der *Märkischen Allgemeinen* in Potsdam. Er verfasst Aufsätze für verschiedene Medien, schreibt als Kolumnist für den *Tagesspiegel*. Damals ist Gauland ein weithin geschätzter Intellektueller, er gilt vielen Politikern und Journalisten als kluger Kopf mit dezidiert konservativen Ansichten.

Aber er fühlt sich zunehmend entfremdet von seiner CDU. Den endgültigen Bruch markiert womöglich eine Szene, die Gauland in kleiner Runde schon oft erzählt hat: Der konservative »Berliner Kreis« der CDU ist 2012 beim damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe im Konrad-Adenauer-Haus zu Gast. Gauland ist dabei, ebenso der spätere AfD-Mitgründer Konrad Adam. Die Gruppe will ihren Positionen Gehör verschaffen. Doch Gröhe behandelt die Männer von oben herab, gibt ihnen zu verstehen, dass sie nicht gebraucht werden. So jedenfalls erinnert es Gauland. Und was für ihn fast genauso demütigend ist: das schlechte Essen, das ihnen aufgetischt wird. Auf dem Weg nach draußen ist ihm dann klar: Das war's.

Nach dem Bruch mit der CDU tritt Gauland in die AfD ein, er ist von Anfang an dabei. Er wird Stellvertreter von Parteigründer Bernd Lucke, Landesvorsitzender in Brandenburg. Und Gauland merkt, womit er die AfD-Anhänger begeistern kann. Er doziert über die Gefahren des Flüchtlingszuzuges, fordert: Merkel muss weg. Nachdem die AfD 2013 knapp den Einzug in den Bundestag verpasst, schreibt er einen Gastbeitrag im *Tagesspiegel*, der den Weg, den seine Partei in den kommenden Jahren nehmen wird, bereits vorzeichnet. »Dem Volk aufs Maul schauen« heißt das Stück.

Darin beschreibt Gauland das Dilemma seiner Partei, dass sie zwar den »Euro-Wahnsinn« in den Mittelpunkt ihrer Programmatik gerückt hat, dass das Thema aber von vielen Menschen nicht als unmittelbare Bedrohung ihrer Existenz empfunden wird. Vielmehr glaubt Gauland, dass die AfD jenen Menschen eine Stimme geben müsse, die keine mehr hätten. Er meint damit Menschen, die dem linksliberalen »Mainstream« skeptisch bis ablehnend gegenüberstünden. Er zählt die Klimaskeptiker auf und diejenigen, die »Gender-Mainstreaming für eine große Narretei« halten. »Ältere, die sich nicht länger einreden lassen wollen, dass alle deutsche Geschichte vor Hitler verfehlt war«. Menschen, die ihre Industriearbeitsplätze behalten wollten und nicht einsähen, dass sie mit hohen Strompreisen die

Solaranlagen ihrer wohlhabenden Nachbarn finanzieren sollen. Gauland schreibt, dass die »multikulturelle Euphorie längst der Sorge vor Einwanderergruppen« gewichen sei. Der Flüchtlingssommer ist zu diesem Zeitpunkt noch eineinhalb Jahre entfernt.

Auch hat Gauland bereits damals verstanden, dass bei Teilen der AfD und ihrer Anhänger eine Sehnsucht nach der Straße herrscht. Ende 2014 reist er mit seiner Brandenburger Landtagsfraktion zu einer Pegida-Demo nach Dresden, zu der 15 000 Menschen kommen. Er sagt, er wolle sich ein Bild machen. Schon vor der Fahrt erklärt er, er sehe die AfD als »natürlichen Verbündeten« von Pegida. Bei den Wirtschaftsprofessoren herrscht dagegen Skepsis, ob es klug ist, sich mit den Islamgegnern auf der Straße gemein zu machen.

Nachdem sich Lucke auf einem Parteitag in Bremen Anfang 2015 mit seinen Plänen zur deutlichen Verschlankung der Parteispitze durchsetzt und damit seinen alleinigen Führungsanspruch untermauert, geht Gauland in die Offensive. Er kündigt einen Kampf um die »Seele der Partei« an.

Gauland verschickt eine Mail an die Parteimitglieder. »Wer austritt, kann nicht verhindern, dass die Partei vermerkt«, steht darin. Er ruft seine Parteifreunde auf, das »alte Schlieffen-Motto« zu beherzigen: »Macht den rechten Flügel stark!« Gemeint ist damit der Schlieffen-Plan zum Angriff Frankreichs, der vor dem Ersten Weltkrieg entstand. Dabei sollten die deutschen Truppen mit einem starken »rechten Flügel« durch Belgien nach Nordfrankreich vorstoßen, um den französischen Festungsgürtel zu umgehen. Gauland spielt also schon früh mit dem Begriff »Flügel«, der später für die Radikalen in der AfD zum Namen wird.

Dies ist auch die Zeit, in der Götz Kubitschek auf der Bildfläche erscheint. Der Verleger mit dem schwäbischen Dialekt und den kurz geschnittenen grauen Haaren lebt in einem kleinen Ort namens Schnellroda in Sachsen-Anhalt auf einem ehemaligen Rittergut. Damals ist Kubitschek nur Kennern der Szene ein Begriff. Doch bald kennen viele Kubitscheks ländlichen Lebensstil mit selbst gemachtem Brot und Käse und wissen, dass er in der Öffentlichkeit seine Frau Ellen Kositzka siezt. Es ist Teil seiner Inszenierung. Kubitschek wird sich zum bekanntesten Strategen und Stichwortgeber der Neuen Rechten in Deutschland entwickeln.

Die Wurzeln der Neuen Rechten reichen zurück bis in die 1950er Jahre. Als ihr Gründervater in Deutschland gilt der Publizist Armin Mohler. Die Neue Rechte will akademisch und intellektuell sein und sich so habituell abgrenzen von Neonazis und den harten Rechtsextremisten von gestern. Auch die Wortwahl unterscheidet sich. Gesprochen wird nicht von »Rasse«, sondern von »Identität«, nicht von »Abschieben«, sondern von »Remigration«, und an die Stelle von »Ausländer raus« ist die Idee des »Ethnopluralismus« getreten. Der französische Philosoph Alain de Benoist erklärte schon in den 80er Jahren, wie die »Kulturrevolution von rechts« gelingen könne: Indem man zunächst jenseits der Parlamente - also im vorpolitischen, kulturellen Raum - daran arbeite, die Vorstellungen der Gesellschaft zu verändern.

Kubitschek und Kositzka interessieren sich früh für die AfD. Die Partei ist das, worauf besonders Kubitschek gewartet hat. Die Neue Rechte sehnt sich schon lange nach einem parlamentarischen Arm. Kubitschek hat bereits im April 2014 einen Mitgliedsantrag an die AfD gestellt, Kositzka einige Monate später. Zunächst wird der Antrag der beiden vom Landesverband bewilligt. Doch kurz darauf informiert man sie: Der Bundesvorstand der Partei habe in einer Telefonkonferenz beschlossen, den Mitgliedsantrag abzulehnen. Dem Parteigründer Lucke sind Leute wie Kubitschek nicht geheuer. Die Beiträge, die er von Kubitschek auf dessen Medium *Sezession* liest, behagen ihm nicht. Das Ehepaar wird gebeten, die Mitgliedsausweise, die man ihnen bereits zugeschickt hat, wieder abzugeben.

In Schnellroda ist man irritiert. Doch die Entscheidung wird Kubitschek nicht davon abhalten, Einfluss zu nehmen auf die AfD. Jahrzehnte in der rechten Szene haben ihm ein eindrucksvolles Netzwerk verschafft - das bis in die Partei hineinreicht. »In der AfD engagierten sich von Anfang an sehr viele Leute, die ich in den 25 Jahren zuvor kennengelernt hatte«, erzählt Kubitschek bei einem Spaziergang durch das Örtchen Schnellroda im Sommer 2018. »Sie lagen im Dämmer Schlaf in ihren Zivilberufen und sind dann auf einen Schlag aufgewacht.«

Den Grundstock für sein rechtes Netzwerk hat Kubitschek schon in der Armee gelegt. Als Offizier der Reserve nahm er an einem